

PRESSEMITTEILUNG

16. November 2022

EZB-Finanzstabilitätsbericht: Risiken nehmen im Zuge der Verschlechterung der Wirtschafts- und Finanzlage zu

- Private Haushalte und Unternehmen sehen sich einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber, unter anderem einer Eintrübung der wirtschaftlichen Aussichten, einer höheren Inflation und einer Verschärfung der Finanzierungsbedingungen
- Verminderte Liquidität an den Märkten erhöht die Gefahr von ungeordneten Vermögenspreisanpassungen, die die Widerstandsfähigkeit von Investmentfonds auf die Probe stellen könnten
- Regierungen sollten sicherstellen, dass die Unterstützung verwundbarer Sektoren gezielt ausgerichtet ist und die geldpolitische Normalisierung nicht beeinträchtigt wird

Dem heute von der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlichten [Finanzstabilitätsbericht vom November 2022](#) zufolge haben sich die Risiken für die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet erhöht. Hintergrund sind die sprunghaft steigenden Energiepreise, die erhöhten Teuerungsraten und das niedrige Wirtschaftswachstum. Zugleich haben sich die Finanzierungsbedingungen verschärft, da die Zentralbanken Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation ergreifen.

„Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bekommen die Auswirkungen der steigenden Inflation und der Konjunkturabkühlung bereits zu spüren“, so EZB-Vizepräsident Luis de Guindos. „Unserer Einschätzung nach haben sich die Finanzstabilitätsrisiken erhöht, und eine technische Rezession ist im Euroraum wahrscheinlicher geworden.“

Die jüngsten Entwicklungen verschärfen die Anfälligkeit von stärker verschuldeten privaten Haushalten, Unternehmen und Staaten. Sie tragen auch zu Spannungen an den Finanzmärkten bei und stellen die Widerstandsfähigkeit von Investmentfonds auf die Probe. Darüber hinaus könnten all diese Anfälligkeiten gleichzeitig zutage treten und sich dabei möglicherweise gegenseitig verstärken.

Die Herausforderungen für die Unternehmen sind angesichts höherer Kosten für Energie und sonstige Vorleistungen größer geworden. So dürften die Gewinne im Zuge steigender Finanzierungskosten

sinken. Sollten sich die Aussichten weiter eintrüben, kann ein Anstieg der Unternehmensinsolvenzen – insbesondere bei energieintensiven Firmen – nicht ausgeschlossen werden.

Die Inflation belastet, ebenso wie sprunghaft steigende Gas- und Stromrechnungen, auch die privaten Haushalte und schmälert ihre Kaufkraft und womöglich ihre Schuldentilgungsfähigkeit. Besonders betroffen sind einkommensschwächere Haushalte, die im Allgemeinen einen höheren Anteil ihres Einkommens für Energie und Nahrungsmittel aufwenden.

Da es für Unternehmen und private Haushalte zunehmend schwierig wird, ihre Schulden zu bedienen, sind Banken mittelfristig möglicherweise mit höheren Kreditausfällen konfrontiert. Während im Bankensektor im Zuge steigender Zinsen zuletzt eine Verbesserung der Ertragslage beobachtet wurde, zeichnet sich allmählich eine Verschlechterung der Aktiva-Qualität ab, die eine höhere Risikovorsorge erforderlich machen könnte.

Viele Staaten haben Unternehmen und privaten Haushalten finanzpolitische Unterstützung zukommen lassen, um die Folgen der Verteuerung von Energie abzufedern. Allerdings wird der Spielraum für expansive finanzpolitische Maßnahmen, die nicht zugleich eine Gefahr für die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung darstellen, durch die hohen öffentlichen Schuldenstände im Gefolge der Pandemie und steigenden Finanzierungskosten eingeschränkt. Die Unterstützung sollte daher zeitlich befristet sein und sich an die am stärksten betroffenen Zielgruppen richten.

Die Unsicherheit bezüglich der Aussichten für die Inflations- und Zinsentwicklung hat die Gefahr von ungeordneten Vermögenspreisanpassungen an den Finanzmärkten trotz der jüngsten Kurskorrekturen erhöht. Für viele Investmentfonds besteht nach wie vor ein hohes Risiko weiterer Bewertungsverluste und Kreditausfälle. Besonders anfällig für Marktverwerfungen und Mittelabflüsse sind Fonds mit großen strukturellen Liquiditätsinkongruenzen und niedrigen Liquiditätsreserven. Die an einigen Finanzmärkten verzeichnete verminderte Liquidität könnte sich auch mit Blick auf Portfolioanpassungen oder die Mittelbeschaffung als schwierig herausstellen. Sie erhöht auch das Risiko unerwartet hoher Nachschussforderungen (Margin Calls), was negative Marktentwicklungen verschärfen könnte, wenn sich Fonds gezwungen sehen, zur Erfüllung dieser Forderungen Vermögenswerte zu veräußern.

Insgesamt ist das Bankensystem im Euroraum gut aufgestellt, um vielen Risiken standzuhalten. Dies ist unter anderem auf die Regulierungs- und Aufsichtsreformen der vergangenen zehn Jahre zurückzuführen. Angesichts der Verschlechterung der Aussichten für die Wirtschafts- und Finanzlage können gezielte makroprudenzielle Maßnahmen wie etwa Kapitalpuffer dazu beitragen, die Resilienz des Finanzsystems weiter zu stärken.

Fortbestehende Schwachstellen und Risiken im Nichtbankenfinanzsektor erfordern besondere Aufmerksamkeit der zuständigen Aufsichtsbehörden. Um die Widerstandsfähigkeit des Sektors zu erhöhen, sind Fortschritte beim regulatorischen Rahmenwerk dringend erforderlich, insbesondere mit Blick auf Liquiditätsinkongruenzen und den Verschuldungsgrad.

Medianfragen sind an [Daniel Weber](#) zu richten (Tel. +49 172 8344 539).

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.